



CORONA AKTUELL

Weiterer Todesfall im Kreis Plön

EUTIN/PLÖN Leicht sinkende Inzidenzen vermitteln die jüngsten Infektionszahlen der Kreise Plön und Ostholstein, aber es gibt auch eine schlechte Nachricht: Im Kreis Plön ist ein Mensch in Verbindung mit Corona gestorben: „Eine Person, die geimpft war, ist mit dem Virus in einer Klinik verstorben“, teilt Nicole Heyck, Sprecherin des Kreises Plön, mit. Es ist der 45. Todesfall im Kreis. Anders als der Nachbarbereich Ostholstein hat das Gesundheitsamt in Plön wieder die aktuellen Zahlen übermittelt. Danach sind von Freitag bis gestern 266 neue Infektionen registriert worden, aktuell positiv sind 1021, am Freitag waren es 1002. Verringert hat sich die Zahl der Infizierten in Krankenhäusern, von 16 auf 13. Vier Personen werden wegen Corona-Symptomen behandelt. Zwölf Patienten waren am Freitag mit Infektion, aber wegen einer anderen Diagnose in einem Krankenhaus. Die Inzidenz ist leicht von 585,2 auf 569,8 gesunken.

Der Kreis Ostholstein hat gestern keine aktuellen Zahlen gemeldet, sondern den Stand vom Freitag: Bis Mitternacht seien 129 mehr Fälle registriert worden als am Freutagmittag. Aktuell positiv waren danach 1489 Personen, die Zahl der Patienten in einem Krankenhaus war von zwölf auf 13 gestiegen. Die Inzidenz ist von von 668,9 auf 633,8 gefallen.

Nach dem Divi-Intensivregister gab es in Ostholstein und Plön keine Covid-19-Patienten, die intensivmedizinisch behandelt wurden. *lf*

Constanze Emde

Die Kommunalaufsicht hatte ihrer vorläufigen Einschätzung nach der Bürgerinitiative mitgeteilt, dass ihr Begehren unzulässig sei, weil es in die Bauleitplanung eingreife. Doch das sieht die Bürgerinitiative (BI) anders und reicht fristgerecht am letzten Tag des ausliegenden Bebauungsplanes eine Stellungnahme ein.

„Wir sind tiefenentspannt und werden unsere Bedenken bezüglich des Bebauungsplanes fristgerecht abgeben. Mit unserer Stellungnahme muss das Verfahren nochmal angefasst werden“, sagt Sonja Wirges, eine der drei Initiatoren der Bürgerinitiative „Mehr Raum für Entwicklung“. Ihr Ziel ist es, die Wilhelm-Wisser-Schule (WWS) an der Blauen Lehmkuhle auf einer größeren Fläche neu zu bauen. Bislang ist geplant, die Gemeinschaftsschule am Standort Elisabethstraße zu errichten. Dafür soll das Haus in der Weidestraße 24 weichen. Auch das sorgt für Diskussionen, zwischen Denkmalschützern und Verwaltung.

„Wenn der Bürgermeister geglaubt hat, dass wir nun nach dieser Mail der Kommunalaufsicht aufhören, hat sich er sich zu früh gefreut“, sagt Wirges. Die BI habe mit der Mail gerechnet, denn es habe tags zuvor ein Telefonat mit der Kommunalaufsicht zum Thema gegeben. Deren Beratung sei, anders als zuerst angenommen, alles andere als zielführend gewesen, sagen die Initiatoren, denn es wür-

Bürgerinitiative bleibt am Ball

NEUBAU DER WISSER-SCHULE Stellungnahme für Bebauungsplan wird trotz Gegenwinds eingereicht



Der Bebauungsplan für den geplanten Neubau der Wilhelm-Wisser-Gemeinschaftsschule an der Elisabethstraße wird den Stadtentwicklungsausschuss weiter beschäftigen. Foto: Constanze Emde

de nur Stück für Stück informiert.

Die Kritikpunkte der Bürgerinitiative

Die Kritikpunkte der Bürgerinitiative am derzeitigen B-Plan reichen vom notwendigen Abriss der Weidestraße 24, um eine verbreiterte Eingangssituation für die Schüler zur Gemeinschaftsschule schaffen zu können, bis hin zur Aus ihrer Sicht zu knapp bemessenen Stellplatzzahl – sowohl für Fahrzeuge der Lehrer als auch für die Räder der Schüler. Im jüngsten Stadtentwicklungsausschuss hatte die Mehrheit dafür gestimmt, mindestens 184 Fahrradstellplätze aber nur 19 Pkw-Plätze einzurichten. Die neue Stellplatzsatzung, die nun eine größere Zahl fordert, wurde während der Pla-

nungsphase von den Stadtvertretern beschlossen.

Wie Olaf Blanck, FWE-Stadtvertreter und Vorsitzender der Eutiner Bürgergemeinschaft, bereits im Ausschuss betonte, gehöre zu einer „guten B-Planung die Beteiligung der umliegenden Anlieger“ sowie die Betrachtung der Auswirkungen der Planung auf diese. Die Bürgerinitiative greift das in ihrer Stellungnahme auf und befürchtet erhebliche Auswirkungen unter anderem auf den Rewe-Markt an der Weidestraße, weil das Minus an Parkplätzen auf dem Schulgelände die Suche auf der Parkfläche dort zur Folge haben könnte, geht aus der Stellungnahme hervor. Der Vorwurf der BI an die Stadt Eutin: „Dies ist vorsätzlich und gesetzeswidrig unterlassen worden.“

Aus Sicht der BI werde einmal mehr deutlich, dass es sich für die Wisser-Schule um einen schlechten Kompromiss handle, das Grundstück an der Elisabethstraße nicht geeignet für einen Schulneubau sei. Die Argumente in der Stellungnahme werden nun wie bei anderen Eingaben zu Bauvorhaben abgewogen und für den nächsten Stadtentwicklungsausschuss vorbereitet. Das Gremium kommt am 3. März wieder zusammen.

Kostenschätzung am Donnerstag erwartet

Der Stadt hat die BI für die Kostenschätzung eine Frist bis zum kommenden Donnerstag gesetzt. „Als unverzüglich, das belegen Gerichtsurteile, sind zwei Wochen anzusehen“, sagt Wirges. Nachdem die Frage am

18. Januar an den Bürgermeister übergeben wurde und die Nachfragen der Stadt am 25. Januar beantwortet wurden, sei am 17. nun das Ergebnis zu erwarten, zumal aus Sicht der BI alle nennenswerten Größen bekannt seien.

„Wir wollen wirklich keinem etwas Böses, aber wir wollen, dass die Bürger der Stadt entscheiden können, wofür die Steuergelder ausgegeben werden und an welchem Standort“, sagt Wirges. Sie seien nicht angetreten, um beim ersten Stöckchen zwischen den Beinen aufzugeben. Die Initiatoren haben sich einen Kieler Anwalt genommen und finanzieren den selbst, „jeder Cent ist es uns wert“, aber sie haben auch ein Spendenkonto eingerichtet, auf dem schon Unterstützungsfinanzen eingegangen seien. *bsh*

Wenn es brennt: Wie sicher ist die Malenter Schule an den Auewiesen?

MALENTE Wie steht es eigentlich um den Brandschutz der Schule an den Auewiesen? Während die Gemeinde Malente als zuständiger Träger der Gemeinschaftsschule versucht, die Planung für einen Schulneubau voranzutreiben, wird hinter den Kulissen offenbar darum gerungen, wie gravierend die Sicherheitsmängel an der bestehenden Schule mit ihren derzeit etwa 300 Schülern sind.

Bürgermeisterin **Tanja Rönck** (Foto) ist bereits mit dem Thema befasst. Über den genauen Stand des Brandschutzes könne sie noch keine Auskunft geben, erklärte sie. Das Bauamt

trage aber gerade die nötigen Unterlagen zusammen. „Dann können wir für die Sitzung des Sozialausschusses eine gute Einschätzung abgeben“, kündigte die Verwaltungschefin an. Der Ausschuss tagt bereits heute ab 18 Uhr im Kursaal.

Zuletzt hatte ein Schreiben der ehemaligen Gemeindevertreterin Dagmar Nöh-Schüren („für Malente“) das Thema im Jahr 2020 auf den Tisch gebracht. Dort war etwa die Rede von fehlenden Brandschutztüren, die für mehrere 100 000 Euro nachgerüstet werden müssten. Immerhin stellte Rönck in ihrer Antwort damals klar, dass es keine fest verschraubten Fluchtfenster oder -türen gebe. Schon im Jahr 2018

nannte das Bauamt eine Summe von 200 000 Euro, die dringend für einen defekten Abzug im Chemieraum, eine defekte Brandschutztür oder fehlende Fehlerstromschutzschalter in der Elektroinstallation ausgegeben werden müssten.

Fehlende Brandschutztüren sollen noch heute ein gravierendes Problem sein. Sie nachzurüsten, würde nicht nur viele 100 000 Euro kosten, heißt es. Ihr Einbau würde auch einen so gravierenden Eingriff in die Bausubstanz darstellen, dass Neubaustandards eingehalten werden müssten, etwa bei der Wärmedämmung. Das würde eine enorme Kostenlawine auslösen.

Beim Thema Elektrik ist

„Ich halte es für ausgeschlossen, dass Mitarbeiter der Verwaltung oder Gemeindevertreter das Leben von Kindern gefährden.“

Tanja Rönck
Bürgermeisterin

ebenfalls von einem Sanierungsbedarf von über 100 000 Euro die Rede. Weitere Probleme sollen abgehängte Decken sein, die mit Blick auf Rauchgase im Falle eines Feuers zu niedrig sind, zu lange Fluchtwege oder ein fehlender Fluchtwegeplan.

Rönck zeigte sich unterdessen überzeugt, dass die Schule grundsätzlich sicher ist. „Ich halte es für ausgeschlossen, dass Mitarbeiter der Verwaltung oder Gemeindevertreter das Leben von Kindern gefährden.“ Sie verwies außerdem auf prinzipiell gute Fluchtmöglichkeiten aufgrund der Bauweise der Schule. Aufgrund der Hanglage könne jedes Stockwerk über Fluchtfenster oder -türen ebenerdig verlassen werden.

Vielleicht spiegelt der Zeitpunkt der Diskussion vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bürgermeisterwahl am 8. Mai auch eine Unzufriedenheit der Kommunalpolitik mit dem Fortgang der Neubaupläne für

die Schule wieder. Die Bürgermeisterin sieht Malente dabei allerdings auf gutem Weg, obwohl Malente faktisch seit 2021 ohne gültigen Haushalt operieren muss. „Ich finde, wir kommen trotzdem gut voran“, sagte sie.

Noch im März werde nach ihrer Einschätzung das Gutachten für die Standortwahl auf dem Gelände des geplanten Schul- und Sportcampus an der Neversfelder Straße vorliegen. Wenn die Gemeinde, wie mit dem Kreis verabredet, bis Sommer einen Haushalt vorlege, könnten im Herbst die nächsten Aufträge erteilt werden, etwa für einen Architektenwettbewerb oder die Aufstellung eines Bebauungsplans. *bsh*